

Der nationale Block der Mitte

Die Schaffung eines nationalen Blockes der Mitte im neuen Reichstag wird zurzeit in der Presse der Deutschen Volkspartei erörtert, und es hat auch ein hervorragendes Mitglied der Deutschen Volkspartei einem Mitarbeiter der „Wiener Neuen Presse“ Mitteilungen dahingehend gemacht, daß die Schaffung eines nationalen Blockes der Mitte wünschenswert sei. Wie wir dazu aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist allerdings dieser Gedanke in Kreisen der bisherigen Regierungsparteien erwoogen worden. Es hat ein Gedankenaustausch stattgefunden, der aber zu einem Abschluß noch keiner Richtung hin bis jetzt geführt hat. Die bisherigen Gedankengänge zielen darauf ab, aus den 8 Parteien der Mitte, aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten, bei Wahrung partieller Selbstständigkeit eine Arbeitsfraktion zu bilden. Das würde den Vorzug haben, daß diese Arbeitsfraktion der Mitte als stärkste Fraktion des Reichstages Anspruch haben würde auf die Übernahme der Regierungsbildung, bezw. die bisherige Regierung im Amte zu belassen. Sie würde weiter Anspruch haben auf den Reichstagspräsidenten und überhaupt bei allen parlamentarischen Aktionen geschlossen vorgehen zu können. Diese Arbeitsfraktion der Parteien der Mitte würde 137 Mitglieder zählen und unter Hinzurechnung der Bayerischen Volkspartei, die bekanntlich für die vorbehaltlose Annahme des Sachverständigen-gutachtens eintritt, 153. Es ist anzunehmen, daß, falls es zur Bildung des nationalen Blockes der Mitte kommt, dieser in Sachen der Regierungsbildung sich zunächst an die Deutschnationalen wenden würde. Wenn diese aber die vorbehaltlose Annahme des Sachverständigen-gutachtens ablehnen sollten, dann würde der nationale Block ein Zusammengehen mit den Deutschen Nationalen ablehnen und an die Sozialdemokratie herantreten, um diese zum Eintritt in die Reichsregierung aufzufordern. Ob die Sozialdemokratie dazu bereit sein würde, das ist zurzeit noch eine offene Frage. Man glaubt aber in parlamentarischen Kreisen damit rechnen zu können, daß die Sozialdemokratie einer Regierung des Arbeitsblockes der Mitte gegenüber zumindestens in außenpolitischen Fragen wohlwollende Neutralität beobachten würde.

Der Bergarbeiterstreik

Die Solidaritätsklärung der tschechoslowakischen Bergarbeiter.

Essen, 13. Mai. Die vereinigten vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie sich gegen die kommunistisch-socialistische Zentralstreikleitung wenden, die mit politischen Forderungen der KPD. auf den Plan tritt und den Ruf erhebt, für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Eine verantwortungsvolle Gruppe tschechoslowakischer Führer verurteilt, die schwer um ihre Existenz ringende Ruhrbergarbeiterchaft vor den kommunistischen Parteiführern zu spannen, um die Arbeiter in den Abgrund einer blutigen Auseinandersetzung zu treiben. Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Bergarbeiterchaft, der kommunistischen Generalstreikparole jetzt ebenso die Gefolgschaft zu verweigern, wie bisher.

Die die Arbeiter aus Prag melden, haben sich die Bergarbeiter der Tschechoslowakei in einer Entschliessung mit den Bergarbeitern Deutschlands in ihrem Kampfe um den Achtstundentag solidarisch erklärt. Sie sind entschlossen, die deutschen Bergarbeiter mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen. Es sollen unverzüglich alle Vorkehrungen getroffen werden, damit jede vermehrte Ausfuhr von Kohlen und Roks nach Deutschland unterbunden wird. Während der Dauer des Kampfes im Ruhrgebiet soll jede Mehrarbeit abgelehnt werden.

Essen, 13. Mai. Die gestern umlaufenden Gerüchte, wonach eine Einigung im Bergarbeiterstreik erzielt worden war, sind, wie wir von maßgebender Seite erfahren, unrichtig. Auch die Verhandlungen über den Rahmentarif sind gestern zu Ende gegangen, ohne daß auch nur in einem Punkte ein Ergebnis erzielt worden ist.

Bodum, 13. Mai. Eine Deputation der Bürgermeister der Industriestädte hat sich am Sonntag nach Köln begeben, um die bei der Röhner Werke anwesende Reichsregierung dringend zu ersuchen, in den Ruhrkonflikt vermittelnd einzugreifen.

Berlin, 13. Mai. Halbamtlich wird mitgeteilt: Nachdem die Verhandlungen der Parteien im Ruhrkohlenbergbau über den Manteltarif am 9. und 12. Mai in Essen zu keinem Ergebnis geführt haben, läßt der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaues auf Mittwoch, den 14. Mai 1924, zu Schlichtungsverhandlungen nach Berlin ein. Diesen Verhandlungen soll eine Besprechung beim Reichskanzler vorausgehen.

Um die Beamtengehälter

Die Spitzenorganisationen der Beamten in Sachsen haben gemeinsam folgende Eingabe an die sächsische Regierung gerichtet:

„Die im April dieses Jahres vorgenommene Erhöhung der Beamtengehälter hat die Beamtenchaft außerordentlich enttäuscht und die vorhandene starke Erregung wesentlich gesteigert. Die seit dieser Zeit eingetretene wesentliche Preissteigerung hat im Zusammenhang mit den Mehrkosten für Wohnungsmiete zur Folge, daß die geringfügige Aufbesserung nicht nur nicht in Erscheinung getreten ist, sondern die neuen Bezüge gegenüber den bisherigen an innerer Kaufkraft sogar noch verlieren haben. Die Notlage der Beamtenchaft ist so ungeheuer groß, daß es der Beamtenchaft unmöglich ist, noch länger mit ihren Bezügen auszukommen. Die Beamtenchaft hat schon während des Krieges und der Inflationszeit die allerschwersten Lasten zu tragen gehabt und muß jetzt erleben, daß auch die Währungsstabilisierung auf ihre Kosten erfolgt ist. Der Opfermut der deutschen Beamtenchaft hat seine Grenzen. Es ist unausbleiblich, daß bei derartigen traurigen Verhältnissen der einzelne Beamte gezwungen ist, seine Lebenslage durch anderweitige Nebenbeschäftigung zu verbessern. Wird schon an sich die Diensttreue durch den wirtschaftlichen Druck, unter dem der einzelne leidet, schwer beeinträchtigt, so müssen die dienstlichen Ereignisse durch beträchtliche Erscheinungen weiter zurückgehen. Im Interesse des Staates liegt es also, so schnell als möglich die Beamtenchaft so zu stellen, daß sie den wirtschaftlichen Anforderungen des täglichen Lebens einigermaßen gewachsen ist, um ihren Dienst in alter bewährter Weise verrichten zu können. Dabei darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Arbeitslast der einzelnen Beamten durch den Beamtenabbau wesentlich vermehrt worden ist. Die Organisationen erwarten, daß die sächsische Regierung beim Reichsfinanzministerium mit allem Nachdruck dafür eintritt, daß die jetzigen Beamtengehälter beträchtlich erhöht werden und diese Erhöhung noch vor dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Zeitpunkt erfolgt. Ein Ausgleich der durch die Mietsteuern eintretenden Mehrbelastung der Beamtenchaft kann selbstverständlich nicht als eine solche Erhöhung angesehen werden.“

Oberst von Seiffers seines Amtes enthoben

München, 13. Mai. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Chef des Landespolizeiamtes Oberst von Seiffers, der von der bayerischen Staatsregierung aufgefördert worden war, seinen Rücktritt zu nehmen, dieser Aufforderung aber nicht Folge geleistet hat, von seinem Amte enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde Polizeioberst von Reich ernannt, der bisherige Kommandant der Landespolizei in Nürnberg-Gürtel.

Das Ausland zu den franz. Wahlen

Die Hoffnungen

London, 13. Mai. (Drahtbericht.) Die englischen Blätter machen aus ihrer Ueberraschung über das französische Wahlergebnis keinen Hehl. Die „Morningpost“ meint, Poincares Schicksal ähnelt einem Schicksal Benizelos, Curzons und anderer Staatsmänner, die die innere Politik auf Kosten der Auswärtigen vernachlässigt haben. Die „Times“ nennt die Wahlen einen politischen Erdbeben und schreibt den Mißerfolg Poincares in der Hauptsache auch der Entscheidung über die Ruhrpolitik zu, da man den Frankensurz als eine Folge dieser Politik empfunden habe. Man erwartet einen Wechsel in der französischen Politik, sobald eine Linksregierung aus der neuen Mehrheit gebildet wird und es müsse dann auch auf eine uneingeschränkte Annahme des Sachverständigen-gutachtens wie in Frankreich so auch in Deutschland gehofft werden. Die „Times“ meint weiter, man habe nie mit einem derartigen Mißerfolg Poincares gerechnet. — „Daily Herald“ erklärt, die Niederlage Poincares sei ein Sieg der Vernunft und bessere die internationalen Beziehungen. Er mache die Zukunft für alle hoffnungsvoller. Poincare habe nicht nur die militärische Vorherrschafft erstritten, sondern auch eine auf den Ruinen der deutschen Industrie gegründete wirtschaftliche Vorherrschafft. Eine Möglichkeit auf eine Wiederherstellung Europas bestehe nicht, solange Poincare fortjahre, Frankreich zu beherrschen.

London, 13. Mai. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt: Die Ergebnisse der französischen Wahlen seien von allen belgischen Kreisen, ausgenommen den Sozialisten, mit Bestürzung aufgenommen worden. Ein derartiger ausgeprägter Erfolg des Blocks der Linken sei von niemandem erwartet worden.

Rom, 13. Mai. Die italienischen Blätter bringen dem französischen Wahlergebnis vorläufig nur recht spärliche Kommentare. Immerhin ist festzustellen, daß die Ergebnisse doch einen un-er-ken-nen-baren Optimismus in den politischen Kreisen ausgelöst haben. „Giornale d'Italia“ schreibt den französischen Wahlen größte Bedeutung für die europäische Politik zu, da sie eine Annäherung Frankreichs an England herbeiführen werde und die Verurteilung der Ruhrpolitik bedeute. — „Epoca“ glaubt, daß die Offensive gegen Deutschland nunmehr beendet sei. — „Corriere d'Italia“ ist der Ansicht, daß die Sieger bei den Wahlen sich gegen Deutschland gemäßigter verhalten werden, beschließen aber eine kirchlich-feindliche Politik. — „Mondo“ spricht sich über die Freude darüber aus, daß Daubet und Tardieu sowie andere Nationalistenführer nicht wiedergewählt worden sind.

Berlin, 13. Mai. Die bis jetzt vorliegenden Resultate der französischen Kammerwahlen finden in der deutschen Schweiz allgemeine Befriedigung. Die Baseler Nachrichten schreiben, sie seien erfreut, daß die Wahlen in der Richtung den Sieg gebracht hätten, welche, wie Poincares schrieb, den gerechten und soliden Frieden wolle. Herr Müllerand, meint das Blatt, liegt neben Herrn Poincare auf der Strecke. Nachdem er sich in seiner bekannten Erklärung vom 27. März im Vatikan auf die Politik Poincares festgelegt hat. Nun muß er auch, nachdem das Land sich der Politik Poincares feindlich gezeigt hat, alle Konsequenzen ziehen.

Die Wahlergebnisse

Paris, 13. Mai. Bei den französischen Wahlen sind nach-mehr: Konservativ 11, Republikaner (nationaler Block) 137, Linksrepublikaner 22, linksierende Republikaner 31, Sozialisten 101, Kommunisten 29. Es sind vier Sitzgewinne erforderlich. Im ganzen 574 Mandate, 9 Sitze stehen noch aus. Die Gemäßigten und Republikaner bei den bekanntesten sind 574 Wahlergebnisse ist folgende: Konservativ plus 2, minus 17 Republikaner (nationaler Block) plus 24, minus 88, Linksrepublikaner plus 14, minus 77, linksierende Republikaner plus 9, minus 23, Radikale und Radikalsocialisten plus 66, minus 16, Sozialistische Republikaner plus 13, minus 16, Sozialisten plus 68, minus 10, Kommunisten plus 24, minus 7.

Bewählt sind u. a.: Kolonialminister Fabre, der Kommunist Cachin, der Sozialist Leon Blum, Admiral Jaurès, ein Bruder von Jean Jaurès, Kammerpräsident Veret, der frühere Präsident der Reparationskommission Dubois, der frühere Unterstaatssekretär Mathi, der früherer Minister Clemenceau verbannt wurde, Briand, der Kriegsminister Maginot, Herriot, die Mitglieder des alten Kabinetts: Loucheur und Le Troquer, sowie der Kommunist Mailh.

Unter den nicht wiedergewählten Abgeordneten seien außer den Herren Daubet und Tardieu noch folgende genannt: General Kastellnaug, der Abg. Renaud und der Radikale Liffon.

Der deutsche Tag in Halle

Berlin, 13. Mai. Die Todesfeier des Deutschen Tages in Halle, die anlässlich der deutschösterreichischen Demonstration bei der Einweihung des neuen Volkstheaters und der kommunistischen Gegen demonstration zu befragen sind, veranlassen den „Vorwärts“ zu der Feststellung, daß der preussische Innenminister General die Reichsregierung ernstlich gewarnt habe, die deutschösterreichische Demonstration vor sich gehen zu lassen. Auch andere demokratische Blätter schreiben die volle Verantwortung dem Reichsinnenminister Jares zu. Es wird behauptet, daß zwischen der preussischen und der Reichsregierung wegen der Zulassung der deutschösterreichischen Demonstration in Halle ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten, bezw. noch bestehen. Es erscheint und bringen erforderlich, daß jenseits der Reichsregierung eine Klarstellung erfolgt, um so mehr, als in demokratischen Blättern behauptet wird, daß die Deutschösterreichischen für den „Deutschen Tag“ in Halle einen direkten Beschluß des Reichsabinetts durch-geseht hätten.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Stahlhelmleuten

Leipzig, 13. Mai. Wie die Blätter melden, kam es Sonntagabend zwischen Stahlhelmleuten, die am Deutschen Tage in Halle teilgenommen hatten und nach ihrer Rückkehr in eine Leipziger Wirtschaft eingekerkert waren, und gleichfalls dort anwesenden Kommunisten zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf einer der Stahlhelmleute, ein 24 Jahre alter Wirtschaftsgeselle, tödlich verletzt worden sein soll.

Erneuter Rückgang des französischen Franken

Berlin, 13. Mai. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus New York: Das Ergebnis der französischen Wahlen führte an der New Yorker Börse zu einem Rückgang des französischen Franken, der 5,78 notierte.

Ankunft des rumänischen Königspaares in London

London, 13. Mai. Das englische Königspaar, Ministerpräsident Macdonald, verschiedene Mitglieder des Kabinetts, Vertreter von Meer und Flotte und der Diplomatie hatten auf der Victoriajation das rumänische Königspaar empfangen, das dann in feierlichem Zuge durch die mit Menschen überfüllten Straßen zum Buckinghampalast gebracht wurde. Abends fand das Staatsbankett statt, bei dem König Georg und Königin Ferdinand Anreden hielten.

Paris, 13. Mai. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß der Block der Linken in der neuen Kammer unter der Führung Herriots und Briands die Mehrheit haben wird. Zuwenel schreibt im „Ouvrier“: Frankreich wird republikanisch und der Nationale Block ist nur noch ein böser Traum. Zuwenel rechnet mit dem Rücktritt der Regierung. — In der „Victoire“ gibt Hervez zu, daß die Nationalisten geschlagen worden seien.

London, 13. Mai. Wie weiter erzählt, wird wegen der Wahlniederlage Poincares die Zusammenkunft mit Macdonald wahrscheinlich aufgegeben werden.

Paris, 13. Mai. Poincare kam gestern aus seinem Wahlkreis im Departement Roes nach Paris zurück und heute findet ein Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands statt.

Um die französischen Verhältnisse besser beurteilen zu können, muß man einigermaßen die Parteienverhältnisse kennen. Drei große Gruppen sind in Frankreich zu unterscheiden. Die Rechte, der Nationale Block und die Linke. Diese zerfallen unter sich natürlich in eine Menge kleiner Gruppen. Die größten Zahlen der Rechten stellen die Unabhängigen, unter ihrem bekannten Führer Daubet. Dem Nationalen Block gehören an: die Republikanisch-demokratische Entente, oder auch Aragopartei, nach ihrem Führer Arago benannt. Bekannte Männer dieser Gruppe sind: Wetterle und De Laforestie. Dann die republikanisch-demokratische Linke. Männer wie Parthou, Perri, Maginot und Lefevre gehören dazu. Weiterhin die Linksrepublikaner, von denen vor allem Loucheur, Tardieu, Le Troquer bekannt sind. Als vierte Gruppe des Nationalen Blockes ist die republikanisch-socialistische Aktion zu nennen. Zu ihr gehören Fabry und Reibel.

Die Linke umfaßt die „republikanisch-socialistische Partei“, die „Nationalsozialisten“, die „Radikalen“, die „radikalen Sozialisten“ und die „Sozialisten“. Die erste Gruppe, zu der Briand, Poinlebe, Riviani gehören, könnte man ihren Tendenzen nach noch zum linken Flügel des Nationalen Blockes rechnen. Im Nationalen Block kam jedoch im Laufe der Zeit eine Scheidung zustande dadurch, daß dem rechten Flügel unter Tardieu Poincares Ruhrpolitik noch nicht schärf genug war, während der linke Flügel unter Briand mehr für eine politische Wiederanbauarbeit auf der Grundlage internationaler Verständigung eintrat. Ja es hat besonders in den letzten Monaten Augenblicke gegeben, wo der ganz Nationalen Block sich in Anhänger Clemenceaus und solche Poincares teilen wollte. Zur ausgeprägten Linken gehört vor allem der bekannte Herriot. Er ist der Führer der radikalen Sozialisten. Auf dem äußersten linken Flügel stehen dann noch Leon Blum und Morel.

Bei den jetzigen Wahlen ist der Zug nach Links ganz un-verkennbar zutage getreten. Die Entente „republikanisch-demokratische“ (Republikanisch-Demokratische Entente oder auch Aragopartei) die bis jetzt von 305 Abgeordneten des Nationalen Blockes 133 Mandate besaß, hat am schlechtesten abgeschritten. Man konnte in diesem Wahlkampf nicht mehr mit jenen nationalen Strömen operieren, wie es 1919 nach dem Friedensschluß möglich gewesen war. Es wäre aber nun ganz falsch zu glauben, die Franzosen würden bei der neuen Zusammenkunft der Regierung sofort eine ganz neue Ruhrpolitik, beispielsweise die Rücknahme des Ruhrgebietes, einschlagen. Das Einzige was wir hoffen können, ist, daß in der internationalen Gesamtlage eine Erleichterung eintreten kann. Das ist auch die Meinung der Auslandsstimmen, soweit sie bis jetzt zu den Wahlen Stellung nehmen konnten. Der ganzen Antischaumung in Frankreich haben vor allem innerpolitische Motive zugrundegelegen. Immerhin aber muß auch festgestellt werden, daß ebenso Painleves Rufepolitik nicht mehr dem Gros der Wähler entsprach. Die Grundzüge der französischen Außenpolitik werden aber, ganz gleich welche Regierung an den Thron erhoben werde. Dafür ist das nationale Bewußtsein, die Idee der „Großen Nation“ viel zu tief im französischen Empfinden verurzelt.

Die Linke hat bei den verschiedenen Anlässen immer wieder betont, daß sie im Gegensatz zu Poincare und dem nationalen Block eine wirklich nationale französische Politik zu treiben gedenke. Die Männer von Links werden sich im Gegensatz zu ihren deutschen „internationalen“ Kollegen zunächst als Franzosen fühlen, und ihr ganzes Wirken und Streben wird dahin gehen in erster Linie für Frankreich herauszulösen, was herauszulösen ist. Die Reparationszahlungen stehen nämlich im engsten Zusammenhang mit dem französischen Staatsbudget. Das Deutschland nicht aufbringt, mußte der französische Steuerzahler aus eigenen Beibe fühlen. Mit dem Unterschied von Poincare wird aber aller Voraussicht nach, die Linke etwas verhältnismäßig und verständlicher an die Lösung der großen außenpolitischen Fragen herangehen. Auch das Verhältnis zwischen englischer und französischer Auffassung wird nun eher eine Lösung entgegengeführt werden können. Herriot und Renaudel müssen jetzt zeigen, was sie zu leisten imstande sind.

Die Reichsinnbegiffer für die Lebenshaltungskosten betrauf sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoch, den 7. Mai, auf das 1,156 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoder (1,14 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 9,9 Prozent zu verzeichnen.

Berliner Börse

Währungen in Millionen		13. 5.	12. 5.
Berliner Anfangskurse			
100. Reichsmark	12. 9.	23,25	20,375
100. Reichsmark	7. 9.	12,75	10
100. Reichsmark	12. 9.	3,25	3
100. Reichsmark	12. 9.	5,25	4,5
100. Reichsmark	12. 9.	10,75	8,875
100. Reichsmark	12. 9.	11,25	9,375
100. Reichsmark	12. 9.	4,75	3,75
100. Reichsmark	12. 9.	8,75	7,825
100. Reichsmark	12. 9.	9,5	8,75
100. Reichsmark	12. 9.	1,8	1,6
100. Reichsmark	12. 9.	1,8	1,3
100. Reichsmark	12. 9.	3,25	2,8
100. Reichsmark	12. 9.	1,8	1,2
100. Reichsmark	12. 9.	18,125	18
100. Reichsmark	12. 9.	6,75	5,75
100. Reichsmark	12. 9.	1,25	0,5
100. Reichsmark	12. 9.	10,5	8,75
100. Reichsmark	12. 9.	2,75	2,6
100. Reichsmark	12. 9.	11,5	9,5
100. Reichsmark	12. 9.	1,1	0,9
100. Reichsmark	12. 9.	2,88	2
100. Reichsmark	12. 9.	1,825	1,5
100. Reichsmark	12. 9.	21,6	19,5
100. Reichsmark	12. 9.	4,2	3,8
100. Reichsmark	12. 9.	34	30
100. Reichsmark	12. 9.	41	40,5
100. Reichsmark	12. 9.	7,25	6,5
100. Reichsmark	12. 9.	20	18,4

Mitgeteilt vom tschechoslowakischen Bankverein, Filiale Dresden.

Die Zahlungsbedingungen im Textilgroßhandel. Zur Frage der Disparitätskauf hat das Reichsbankdirektorium nunmehr in einem Schreiben an den Verband Deutscher Damen- und Wäbchenmantelefabrikanten Stellung genommen und mitgeteilt, daß das Direktorium Veranlassung genommen hat, die Textilindustrie und den Textilgroßhandel zu einer Verringerung ihrer Zahlungsbedingungen zu bewegen. Das Reichsbankdirektorium wird gegen Firmen, die den währungsrechtlichen Interessen zuwiderlaufende Zahlungsbedingungen zur Anwendung bringen, den Kredit eventuell gänzlich zu verweigern.

Wochenübersicht der Deutschen Goldbestand vom 7. Mai. (In Pfund Sterling.) Witten: Goldbestand 9000, Noten ausländischer Banken 5506, tägliche fällige Forderungen im Ausland 5 858 971, Wechsel und Schecks 308 005, noch nicht eingezahltes Aktienkapital 3 750 000, sonstige Aktiva 2134, zusammen 10 119 855. — Passiva: Grundkapital 10 000 000, tägliche fällige Verbindlichkeiten 90 897, sonstige Passiva 28 957, zusammen 10 119 855.